

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Martin Große Hüttmann

Im Oktober 2004 wählte der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) auf seiner Plenarsitzung die Österreicherin Anne-Marie Sigmund zur neuen Vorsitzenden; sie war zuvor Vorsitzende der Gruppe „Verschiedene Interessen“. Der vom Amt des Vorsitzenden abgelöste Roger Briesch (Gruppe der Arbeitnehmer, Frankreich) und Dimitrios Dimitriadis (Gruppe der Arbeitgeber, Griechenland) wurden als Vizepräsidenten eingesetzt.¹ Die neue Vorsitzende hat in ihrer Rede angekündigt, dass sie die Strategie ihrer Vorgänger, den EWSA als „Brücke“ zur europäischen Zivilgesellschaft zu etablieren, aufgreifen und vertiefen wolle. Sie machte in ihrer Antrittsrede auch deutlich, dass trotz der erfolgreichen Integration der 95 neuen Mitglieder aus den Beitrittsstaaten die interne Arbeitsorganisation des EWSA das „Effizienz-Optimum“ noch nicht erreicht habe, und zudem die Themen, mit denen sich der Ausschuss beschäftige, gut ausgewählt werden müssten, um den „besonderen Mehrwert“ des Ausschusses im EU-Entscheidungssystem deutlich machen zu können.² In der Plenarversammlung im Dezember 2004 stellte Frau Sigmund ihr Programm dann im Einzelnen vor. Zu den „Kernzielen“ zählte sie folgende Aufgaben: der EWSA müsse neben der „Selektivität seiner Arbeiten“ auch durch „prospektive Analysen und Stellungnahmen“ seine Glaubwürdigkeit erhöhen; der Ausschuss werde sich, so ein weiterer Punkt ihrer Agenda, verstärkt in der von der Kommission angestoßenen Kommunikationskampagne „Communicating Europe“ engagieren; die Sichtbarkeit des EWSA nach außen solle durch „entsprechende Öffentlichkeitsarbeit und eine Valorisierung der Rolle seiner Mitglieder“ verbessert werden; der EWSA verpflichte sich zu „größtmöglicher Transparenz“ in Bezug auf seine Arbeit – auch um seinen Bekanntheitsgrad, seine Akzeptanz und seinen „Impact“ zu erhöhen. Darüber hinaus solle, so Frau Sigmund, das Mitgliederstatut präzisiert werden, und schließlich solle der Ausschuss als „institutioneller Partner im Zivilen Dialog“ verankert sein und damit seine Rolle als „institutioneller Garant für partizipative Demokratie“ untermauern. Dazu dienen soll auch ein „jour fixe der Zivilgesellschaft“ in Plenarwochen und ein „Preis der Zivilgesellschaft“, der in Zukunft vergeben werden solle.³ Die Vorschläge der neuen Präsidentin sind von allen Gruppen im Ausschuss positiv aufgenommen worden.⁴ Bei der Plenarversammlung im Februar 2005 sagte auch der neue Kommissionspräsident José Manuel Barroso seiner Kollegin im EWSA die volle Unterstützung zu und versprach auf der Basis des 2001 unterzeichneten Protokolls der Zusammenarbeit zwischen Kommission und EWSA die Kooperation zu vertiefen.

Ich danke Tim-C. Bartsch ganz herzlich für seine Unterstützung bei der Recherche.

1 Agence Europe Nr. 8819, 03.11.2004, S. 15.

2 Antrittsrede von Anne-Marie Sigmund anlässlich ihrer Wahl zur Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses; Brüssel, den 27.10.2004, Manuskript, S. 2.

3 EESC Plenary Session, Brussels, 15-16 December 2004: Arbeitsprogramm von Dr. Anne-Marie Sigmund, Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss für ihre Mandatsperiode 2004-2006, CESE 1073/04, S. 3-4 und 19-20.

4 Agence Europe Nr. 8853, 22.12.2004, S. 13.

Plenartagungen und wichtige Stellungnahmen

In den insgesamt neun Plenartagungen verabschiedete der EWSA im Jahr 2004 insgesamt 191 Stellungnahmen (vgl. Tabelle). Dazu kamen noch sechs so genannte Sondierungsstimmungen, die nach Aufforderung der Kommission ergehen und auf der Basis des genannten Protokolls möglich sind.⁵

	2000	2001	2002	2003	2004
Plenartagungen	9	9	9	9	9
Stellungnahmen	154	192	176	184	191
<i>obligatorische Stellungnahmen</i>	54	65	74	77	156
<i>fakultative Stellungnahmen</i>	56	79	56	86	
<i>Initiativstimmungen</i>	44	48	46	21	35
Sondierungsstimmungen	---	2	5	8	6
Informationsberichte	5	3	1	2	2
Summe der ausgearbeiteten Dokumente	159	195	177	186	199

Quelle: Europäische Kommission, Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union, Brüssel, Luxemburg 2000ff.; eigene Recherchen.

Zu den wichtigen Themen, die der EWSA im Rahmen von Stellungnahmen und auf den verschiedenen Plenarsitzungen bearbeitete, gehörten u.a. die Halbzeitbewertung der Lissabon-Strategie, die Frage, wie die Europäische Verfassung in die Praxis umzusetzen sei und die Nachhaltigkeit als übergreifender Ansatz für alle Politikfelder. Auf seiner Plenartagung im Oktober 2004 setzte sich der EWSA in seiner Stellungnahme, um die ihn der Rat im Frühjahr gebeten hatte, sehr kritisch mit dem Lissabon-Programm und dem bislang Erreichten auseinander; er kritisierte zum Beispiel, dass der Rat immer neue Ziele setze, ohne dass die ursprünglichen Vorgaben schon umgesetzt wären – die notwendigen Reformen würden nicht „mit der erforderlichen Entschlossenheit vorangetrieben“. Es sei falsch zu glauben, dass die Strategie allein schon greife: „Eine solche Lissabon-Blase würde wahrscheinlich nicht erst 2010 platzen“.⁶ Der Europäische Rat wurde auch aufgerufen, Strukturen zu schaffen, die der organisierten europäischen Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Lissabonziele ermögliche. Nach Ansicht des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses ist eine erfolgreiche Implementation nur bei einer besseren Einbeziehung der Bürger zu erreichen.⁷ Auf einer im Januar 2005 gemeinsam mit dem luxemburgischen Wirtschafts- und Sozialrat organisierten Konferenz wurde ein „Rettungsplan“ für die Lissabon-Strategie entwickelt, welcher einen „Pakt“ zwischen Rat und Zivilgesellschaft zur Erreichung der auf dem Europäischen Rat von Lissabon fest-

⁵ Vgl. Europäische Kommission: Gesamtberichte über die Tätigkeit der Europäischen Union 2003 und 2004, Brüssel/Luxemburg 2004 bzw. 2005 (Online-Ausgabe) und verschiedene Ausgaben von EWSA Info.

⁶ EWSA Info Nr. 9, Dezember 2004, S. 7.

⁷ Agence Europe Nr. 8819, 03.11.2004, S. 16 und Nr. 8841, 04.12.2004, S. 15.

geschriebenen Ziele beinhaltet.⁸ In seiner Stellungnahme zur Beschäftigungspolitik im Rahmen der Lissabon-Strategie listete der EWSA eine Reihe von Empfehlungen auf: dazu gehören die inhaltliche Verzahnung der wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Koordinierung; eine stärkere Einbindung der Sozialpartner und eine Aufwertung des makroökonomischen Dialogs; die effektive Kooperation der „Lissabon-relevanten“ Ratsformationen (Ecofin, Wettbewerb, Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz); die Ergänzung von Makropolitik und Strukturreformen; die Unterstützung der beschäftigungswirksamen Rolle von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU); eine Optimierung der Umsetzung in den Mitgliedstaaten (der EWSA beruft sich hier ausdrücklich auf den Kok-Bericht); zudem müsse der Beschäftigungssituation in den neuen EU-Mitgliedstaaten besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden; eine „Lissabonisierung des EU-Budgets“, also die Gewährleistung, dass alle Mittel auch im Hinblick auf die Erreichung der Lissabon-Ziele eingesetzt werden, und schließlich sei der EWSA aufgrund „seines Fachwissens und seiner Repräsentativität“ auch bei der „Erarbeitung von Folgeabschätzungen“ zu beteiligen.⁹

Das Prinzip der Nachhaltigkeit, ein anderer Schwerpunkt der Arbeit, soll, da ist sich der EWSA mit Kommissionspräsident Barroso einig, ein Ziel der Europäischen Union und ein wesentlicher Teil des europäischen Gesellschaftsmodells sein.¹⁰ Die auf dem Gipfel von Göteborg 2001 beschlossene Strategie für nachhaltige Entwicklung wurde vom EWSA in verschiedenen Stellungnahmen begleitet und auf gemeinsamen Veranstaltungen mit der Kommission immer wieder diskutiert.¹¹

Die Zivilgesellschaft und die Umsetzung des Verfassungsvertrags

Der EWSA stand in der Vergangenheit immer wieder in der Kritik: Aufgrund der sich fest etablierten Interessenvermittlungsstrukturen auf EU-Ebene habe er, so die Kritiker, seine ursprüngliche Existenzberechtigung verloren. Die europäische Verfassungsdebatte in den letzten Jahren hatte der Wirtschafts- und Sozialausschuss verstärkt dazu genutzt, seine Rolle als „Brücke“ zur europäischen Zivilgesellschaft neu zu definieren und damit seine Existenzberechtigung zu unterstreichen.¹² Nachdem der Verfassungsvertrag im Oktober 2004 von den Staats- und Regierungschefs unterzeichnet worden war, bereitete sich der EWSA vor, sich institutionell und organisatorisch auf die neuen Möglichkeiten einzustellen. Dazu gehörte u.a. die Einsetzung einer Kontaktgruppe Ende September 2004, deren Aufgabe es sein soll, Beziehungen zwischen EWSA und den europäischen Netzwerken der Zivilgesellschaft zu knüpfen und auf eine stabile Basis zu stellen.¹³ Erklärtes Ziel dieser Zusammenarbeit ist es, die Ratifizierung des Verfassungsvertrags sicherzustellen und die

8 EWSA Info Nr. 1, Januar 2005, S. 1.

9 Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu der „Beschäftigungspolitik: Rolle des EWSA nach der Erweiterung und in der Perspektive des Lissabonner Prozesses“, SOC/187, CESE 135/2005 (DE), Brüssel, den 9. Februar 2005, S. 15ff.

10 EWSA Info Nr. 4, Mai 2005, S. 1.

11 EWSA Info Nr. 8, Oktober 2004, S. 2.

12 Vgl. dazu Martin Große Hüttmann: Der Wirtschafts- und Sozialausschuss, in: Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2003/04, Baden-Baden 2004, S. 109-112; Charlie Jeffery: Social and Regional Interests: ESC and Committee of the Regions, in: John Peterson / Michael Shackleton (Hrsg.): The Institutions of the European Union, Oxford 2002, S. 326-346 und Stijn Smismans: European Civil Society. Shaped by Discourses and Institutional Interests, in: European Law Journal, Vol. 9, No. 4/2003, S. 473-495.

13 EWSA Info Nr. 7, September 2004, S. 1.

politischen Kräfte zu bündeln und mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments auf diesem Feld eng zusammenzuarbeiten.¹⁴ Auch in der Kooperation mit möglichen neuen Mitgliedstaaten wie der Türkei oder mit assoziierten Staaten spielt das Stichwort „Zivilgesellschaft“ eine zentrale Rolle.¹⁵

Internationale Kontakte

Wie in der Vergangenheit auch, gab es 2004 zahlreiche internationale Kontakte des EWSA, etwa mit verschiedenen AKP-Staaten oder auch mit Indien im Rahmen des Diskussionsforums EU-Indien im Juni 2004.¹⁶ Der EWSA setzte sich auch dafür ein, die Zivilgesellschaft in den Beziehungen zu den neuen Nachbarn im Osten im Rahmen der Nachbarschafts- und Partnerschaftspolitik der EU zu stärken. Eine eigens eingerichtete Kontaktgruppe „Östliche Nachbarn“ (Vorsitzende: Karin Alleweldt) soll die Beziehungen der EU zu Weißrussland, zur Republik Moldau, Russland und Ukraine unter dieser Perspektive festigen.¹⁷

Der EWSA hat damit, das lässt sich abschließend sagen, im Zeitraum 2004/2005 seine nach innen wie nach außen gerichtete Politik stärker als bislang schon am Leitbild der „Zivilgesellschaft“ orientiert – damit ist es dem Wirtschafts- und Sozialausschuss gelungen, seine Aktivitäten unter einem bekannten und breit akzeptierten politischen Markenzeichen zu kommunizieren. In den folgenden Jahren wird es darum gehen, diesen Anspruch konsequent in der Praxis anzuwenden und nachhaltig zu verankern.

Weiterführende Literatur

Martin Große Hüttmann: Der Wirtschafts- und Sozialausschuss, in: Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2003/04, Baden-Baden 2004, S. 109-112.

Charlie Jeffery: Social and Regional Interests: ESC and Committee of the Regions, in: John Peterson / Michael Shackleton (Hrsg.): The Institutions of the European Union, Oxford 2002, S. 326-346.

Stijn Smismans: The European Economic and Social Committee: towards deliberative democracy via a functional assembly; European Integration online Papers (EIoP), Vol. 4 (2000) No. 12 (<http://eiop.or.at/eiop/texte/2000-012a.htm>).

Katharina Vierlich-Jürcke: Der Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaften, Baden-Baden 1998.

¹⁴ EWSA Info N. 9, Dezember 2004, S. 1.

¹⁵ EWSA Info, Nr. 5, Juni 2005, S. 1.

¹⁶ EWSA Info Nr. 7, September 2004, S. 4.

¹⁷ EWSA Info Nr. 1, Januar 2005, S. 4.